

Erneute Unruhen und Repression in Santa Cruz Barillas

Huehuetenango, 09. Okt. Am 28. September wurde der 43-jährige Marvin Manuel López Barrios, beschuldigter Gemeindeführer, festgenommen. Daraufhin unternahm eine Gruppe von Gemeindegliedern den Versuch, ihn zu befreien und drangen in die Polizeistation ein, wobei Schäden verursacht wurden. Am Folgetag blockierten sie die vier Haupteingänge zum Stadtgebiet. Ein Soldat kam bei dieser Aktion ums Leben. Am 30. September wurden 20 PolizeibeamtInnen von AnwohnerInnen festgenommen, sowie vier Journalisten. Aus diesem Grund beschloss die Regierung, neben der Stationierung von Soldaten, auch einen Verhandlungsdialog zu eröffnen. In einer Presseerklärung gaben AnwohnerInnen von Santa Cruz Barillas an, dass López Barrios von Männern auf einen Pickup geladen wurde, ähnlich denen, die das Unternehmen Hidro Santa Cruz benutzt. Sie wiesen auch darauf hin, dass ein Hubschrauber der Armee die Zone überflog, so wie es zu Zeiten des bewaffneten Konflikts üblich war und was auch heute noch die BewohnerInnen einschüchtert.

Der Gouverneur von Huehuetenango, José Antonio López, bestätigte, dass eine Gruppe unbekannter AnwohnerInnen die Polizeistation in Brand gesteckt habe. Innenminister Bonilla gab zu, dass in Barillas ein Konflikt zwischen AnwohnerInnen und einem geplanten Wasserkraftwerk bestehe und dass dies der Grund für die Festnahme von López sei.

Schon am 10. Mai hatte die Polizei versucht, ihn aufgrund seiner Proteste gegen Hidro Santa Cruz zu verhaften, aber die Gemeinde verhinderte dies. Somit wurde der Haftbefehl um den Punkt Fluchtversuch noch erweitert. Bei den Unruhen verstarb der 25jährige Soldat Víctor Miguelito Soria Pacheco unter bisher ungeklärten Umständen. Es existieren zwei Hypothesen: die Explosion einer Tränengasbombe als Todesursache oder ein Schuss in den Rücken. Um die „Ordnung wieder herzustellen“, marschierten die Armee mit 150 Mann und weitere 80 Polizeibeamten ein. Dabei wurden zwei weitere Personen verhaftet. Bonilla gab dazu an, dass „wir niemanden kriminalisieren, denn die Leute kriminalisieren sich mit ihren eigenen Taten“.

Daniel Pascual, Vorsitzender des *Komitees der bäuerlichen Einheit* (CUC), gab seinerseits zu bedenken, dass die gegen das Wasserkraftwerk demonstrierenden AnwohnerInnen verfolgt werden, während die Verantwortlichen für den im Jahr 2012 begangenen Mord an Andrés Pedro Miguel am 11. September frei kamen.

Die „Gefahr durch Ausländer“

Innenminister Bonilla sagte weiterhin vor der Presse aus, dass ausländische Personen die BewohnerInnen anstiften würden und dass diese dafür aus dem Land verwiesen werden können, denn „wir Guatemalteken besitzen wenig Selbstwertgefühl und das ermöglicht, dass jeder Dahergelaufene machen kann, was er will, wenn er schlau ist. Und das werden wir nicht erlauben“; drohte er an. Er sagte weiterhin, dass AusländerInnen mit Touristenvisa sich an sozialen Bewegungen beteiligten, die Konflikte in einigen Gebieten verursachen würden, wodurch die Lösungssuche für jene Konflikte erschwert würde und noch grössere Unruhen hervorgerufen würden, und dies vor allem in ländlichen Gebieten. „Wenn wir sehen, dass sich in Gebieten mit sozialen Konflikten AusländerInnen beteiligen, egal von welcher Organisation, werden wir diese Personen als 'non grata' erklären. Auch wenn sie zu Nichtregierungsorganisationen gehören, werden wir sie aus dem Land ausweisen, denn wir brauchen Unterstützung, um Demokratie und Respekt zu garantieren, nicht aber damit sie unsere Probleme verschlimmern.“, so Bonilla.

Wie geht es weiter...

Infolge der Geschehnisse trafen sich RepräsentantInnen der beteiligten Organisationen und BäuerInnen mit dem Menschenrechtsombudsmann Jorge de León Duque, wobei über die Probleme der Gemeinden, die noch von der Armee besetzt sind, gesprochen wurde.

Trotz allem fühlen die AnwohnerInnen, dass der Dialog nicht offen sei, dass man ihnen nicht zuhöre. Zum Beispiel werden derzeit zwei weitere Wasserkraftwerke im Norden des Departements Huehuetenango gebaut. Das Treffen selbst endete mit der Unterschrift von drei Abkommen, die die Spannungen in der Region beenden sollen. Es sollen 50 % der PolizeibeamtInnen abgezogen werden, die seit Sonntag, dem 29. September, stationiert sind, die runden Tische sollen fortgeführt werden und keine weiteren Haftbefehle gegen Gemeindeführer ausgestellt werden.

Am 9. Oktober trafen sich der Präsident Otto Pérez Molina und sein Innenminister während viereinhalb Stunden mit AnwohnerInnen verschiedener Dörfer aus dem Departement Huehuetenango. Dabei sicherte Pérez Molina zu, ein TechnikerInnenteam auszusenden, um die Gebiete zu überprüfen, in denen laut AnwohnerInnen Bergbauaktivität bestehe, die die Regierung nicht autorisiert habe.

Neben diesem Problem wurden auch infrastrukturelle Anliegen von Schulen, Strassen, Stromversorgung, etc. angesprochen. Im Fall des Wasserkraftwerks Hidro Santa Cruz kamen alle darin überein, dass eine friedliche Lösung gefunden werden müsse. Pérez sagte allerdings auch, dass es schwierig sein werde, eine schnelle Lösung für ein Problem zu finden, das schon seit 2007 bestehe.